



Energie- wende meistern.

Das

ist meine FDP

Für eine marktwirtschaftliche Wende Seite 3-5

Für die verantwortungsbereite Mitte Seite 6

Für ein starkes und freies NRW Seite 9

liberal.nrw



Marco Buschmann,
kommissarischer
Generalsekretär
der FDP-NRW

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

SPD und Grüne rücken angeblich in die Mitte – so lesen wir es dieser Tage in vielen Medien. Doch in Wahrheit stellen beide Parteien mit Peer Steinbrück und Katrin Göring-Eckardt lediglich bürgerlich anmutende Spitzenkandidaten ins Schaufenster. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politischen Konzepte von SPD und Grünen in Wahrheit unverändert auf mehr Steuern, mehr Staat und letztlich mehr Schulden setzen. Das Rentenkonzept der SPD ist ein Kotau vor den Linken in der SPD, den der Spitzenkandidat klaglos hinnimmt. Die Steuerpläne der Grünen sind Gift für den Mittelstand und sehen Mehrbelastungen für Bürger und Betriebe von mindestens 12 Mrd. Euro vor. Die Einnahmen sollen nicht für Investitionen in Innovationen oder Bildung genutzt, sondern in den Ausbau von Sozialleistungen gesteckt werden. Mitte geht anders!

Auch in der nordrhein-westfälischen Landespolitik zeigen sich Prioritätensetzung und Charakter rot-grüner Politik: Aus dem liberalen Ladenöffnungsgesetz wird wieder ein gesetzlicher Ladenschluss, dem Mittelstand werden mit dem bürokratischen Klimaschutzgesetz neue Ketten angelegt, und der Finanzminister führt lieber einen ideologischen Scheinkampf um das Steuerabkommen mit der Schweiz, statt den eigenen Landeshaushalt aus der massiven Schulden-schieflage zu führen.

Schwarz-Gelb im Bund ist der klarste Kontrast zu Rot-Grün in NRW. Im Vergleich zu den Plänen, die der heutige Kanzlerkandidat Steinbrück als Finanzminister hinterlassen hatte, hat der Bund nahezu 100 Milliarden Euro weniger Neuverschuldung aufgenommen. Die Einigung der Koalition auf einen strukturellen Haushaltsausgleich ist dabei genauso ein Teil liberaler Handschrift wie die Abschaffung der Praxisgebühr.

Beides müssen wir nutzen, um weiter an der Trendwende für die FDP im Bund zu arbeiten. Denn nachwievor gibt es genügend Menschen, die eine Partei wie die FDP wollen: Eine Partei für die Selbstbestimmung des Einzelnen, die zuerst dem Bürger vertraut und dann erst dem Staat. Eine Partei, die auf die Tatkraft und Kreativität des Einzelnen in der Sozialen Marktwirtschaft setzt, um mehr Wohlstand für alle zu schaffen. Wenn die anderen Parteien mit immer engmaschigerer Bevormundungspolitik die Bürger nur als Mündel behandeln, muss es auch eine Partei geben, die Politik für den mündigen Bürger macht. Im Kontrast wird vieles klarer - auch warum Deutschland und Nordrhein-Westfalen die FDP brauchen, nämlich eine echte Partei der Mitte.

Ihr

Marco Buschmann



Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion:

„Aufgrund guter Haushalts- und Wachstumspolitik ist es der Koalition gelungen, die Nettokreditaufnahme von 32,1 auf 28,1 Milliarden Euro zu senken. Dies gelang trotz erheblicher Mehrausgaben aufgrund

der Forderungen der Länder im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages nach weiteren Bundesmitteln für den Kita-Ausbau in Höhe von 580,5 Milliarden Euro. Es zeigt sich, dass hauptsächlich durch das Verhalten SPD-geführter Länder erhebliche Mehrkosten beim Bund verursacht wurden. Der klugen und vor allem sparsamen Haushaltspolitik der Koalition ist es zu verdanken, dass dessen ungeachtet eine Absenkung der Nettokreditaufnahme möglich war. Darüber hinaus konnten sogar die Investitionen des Bundes um 1,82 Milliarden Euro auf rd. 37,47 Milliarden Euro gesteigert werden.“



Johannes Vogel, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion:

„Minijobs sind Teil des erfolgreichen deutschen Arbeitsmarkts. Sie werden gewollt und gebraucht, weil sie Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen eine Chance bieten, unkompliziert etwas dazu-

zuverdienen. Wer möchte, kann den Minijob oftmals auch als Brücke in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nutzen. Es war ein Gebot der Fairness, den Minijobbern nach zehn Jahren Preissteigerung und Anstieg der regulären Gehälter die Möglichkeit auf einen Inflationsausgleich zu geben. Deshalb haben wir auf FDP-Initiative die Verdienstgrenze zum Jahresbeginn von 400 auf 450 Euro erhöht.“

Die aktuellsten Meldungen der FDP-Bundestagsfraktion finden Sie im Internet unter: www.fdp-fraktion.de

Hintergrundbild: weisflog.net



Klares Bekenntnis zum Industriestandort NRW

Die FDP-Landtagsfraktion hat den Austausch mit den Gewerkschaften intensiviert. Zu einem ersten Gespräch konnten die Liberalen den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis, begrüßen.

Insbesondere über die Energiewende sowie die Zukunft des Industriestandortes NRW diskutierten die Liberalen mit dem IGBCE-Chef. Während des gut einstündigen Gesprächs wurde schnell deutlich: Die FDP-Landtagsfraktion und die Gewerkschaft haben Berührungspunkte in der Energie- und Industriepolitik.

„Statt Überregulierung und Planwirtschaft die Leistungsfähigkeit des Industrie- und Innovationsstandortes NRW freisetzen“

„Die FDP-Fraktion und die IGBCE sind gemeinsam der Auffassung, dass die Energiewende nur dann gelingt, wenn statt Überregulierung und Planwirtschaft die Leistungsfähigkeit des Industrie- und Innovationsstandortes freigesetzt wird“, erklärte FDP-Fraktionschef Christian Lindner im Anschluss an das Treffen mit Michael Vassiliadis vor Journalisten. Eben dies sei auch der Grund dafür, dass Vorhaben wie das rot-grüne Klimaschutzgesetz oder die sogenannte „Dialogplattform Kraftwerke“ kritisch von den Freien Demokraten begleitet würden.



Einigkeit betonten Lindner und Vassiliadis zudem bei der Auffassung, dass die Energiewende dringend als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern wahrgenommen und koordiniert werden müsse. „Dazu empfiehlt sich die Einrichtung von Energieministerien in Bund und Ländern, um ein Projektmanagement aus einer Hand zu erreichen“, bekräftigte Lindner gemeinsam mit Michael Vassiliadis.

Anlässlich des Besuchs des IGBCE-Vorsitzenden hat die FDP-Fraktion mit dem Beschluss „In Verantwortung für unser Land – Klimaschutz und Industriepolitik verzahnen“ ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen abgelegt sowie ein klares ordnungspolitisches Konzept in der Energiepolitik eingefordert. Aus Sicht der FDP sind eine stärkere Anerkennung der Leistung der Industrie sowie die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für industrielle Innovationen ebenso notwendig wie eine verbesserte Akzeptanz für industrielle Vorhaben und die Reduzierung der Kosten der Energiewende. „Bei der Stromversorgung müssen künftig stärker die Prinzipien Markt und Wettbewerb dominieren“, so Lindner.

„In Verantwortung für unser Land – Klimaschutz und Industriepolitik verzahnen“

Um Verantwortung für Klimaschutz und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten, ist für die Liberalen eine wirtschaftlich vernünftige, sozial gerechte und nachhaltige Energiepolitik notwendig. „Verantwortung für Klimaschutz und Arbeitsplätze heißt für uns auch, dass unsere national und international im Wettbewerb stehenden Unternehmen in Nordrhein-Westfalen nicht mit immer höheren und neuen Standards und Abgaben belastet werden“, stellte Lindner klar.

FDP-NRW für eine marktwirtschaftliche Wende in der Energiepolitik

Die Energiewende ist nicht nur ein politisches Großprojekt, sondern auch von elementarer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen als Energieland Nummer 1. Der FDP-Landesverband und die -Landtagsfraktion haben ein Thesenpapier erarbeitet, in dem skizziert wird, wie die Energiewende marktwirtschaftlich gelingen kann. Auszüge aus dem Papier:

Zum Gelingen der Energiewende fordert die FDP eine **nachhaltige und integrierte Strategie**. Nachhaltigkeit umfasst den Schutz der Umwelt und des Klimas genauso wie die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit. Außerdem halten die Liberalen eine effizientere Umsetzung der Energiewende für notwendig.

Diese Ziele lassen sich kosteneffizient nur durch eine Rückkehr zu **mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft** realisieren: Subventionen und Förderprogramme können keine dauerhafte Lösung sein. Überbordende staatliche Planungen lähmen den Wettbewerb, behindern Effizienz und Innovationen.

Ein **wettbewerbles und marktbasierendes Stromsystem** muss auch nach erfolgreicher Energiewende möglich sein. Nur so können die Effizienz und die Innovationskraft des Wettbewerbs genutzt werden, die für eine sichere, umweltverträgliche, wirtschaftliche und bezahlbare Stromversorgung notwendig sind. Eine klare Vorstellung von einem zukünftigen Strommarkt bildet den Maßstab, an dem sich kurzfristige Regelungen und Übergangsprozesse ausrichten müssen. Ohne ein solches **Leitbild** bleiben die Instrumente am Strommarkt Stückwerk.

Das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** hat für ein starkes Wachstum der erneuerbaren Energien gesorgt. Jetzt gilt es, diese schrittweise in den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu integrieren. Ein ungebremstes Anwachsen des Subventionens sowie weitere Strompreiserhöhungen müssen verhindert werden. Die bisherige ineffiziente Form der Subventionierung trifft vor allem einkommensschwächere Haushalte und muss beendet werden.

Die FDP-NRW strebt eine **marktorientierte Förderung** der erneuerbaren Energien an, die durch zunehmenden Wettbewerb Kosten begrenzt und zu nachfragegerechtem Verhalten der Anbieter führt.

Zunächst braucht es die schnelle Einführung einer **Kostenbremse für das EEG**. Es widerspricht den Zielen der Energiewende, dass der Staat von der steigenden EEG-Umlage auch noch durch höhere Mehrwertsteuer-Einnahmen profitiert. Im Gegenzug könnte ab dem Jahr 2013 die Stromsteuer im Umfang der Mehrwertsteuer-Mehreinnahmen des Bundes reduziert werden.

Der volkswirtschaftlich effizienteste Weg zur Förderung der Erneuerbaren ist die Einführung eines **Quotenmodells**. Dazu sollte das EEG in ein Fördersystem umgewandelt werden, das den Energieversorgungsunternehmen vorgibt, einen Anteil (**Ökostromquote**) ihres verkauften Stroms durch erneuerbare Energien abzudecken oder diesen Anteil durch **Ökostromzertifikate** vorzuweisen (**Quotenmodell**).

Investitionen in flexible fossile Kraftwerke werden weiterhin essenziell für die Gewährleistung der Sicherheit der Energieversorgung sein – als Ersatz für die Kernkraft sowie für den Ausgleich der volatilen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Das gesamte Thesenpapier finden Sie zum Download auf www.fdp-nrw.de.

Bei ihrem energiepolitischen Symposium am 22. Oktober 2012 im Düsseldorfer Landtag diskutierte die FDP-Landtagsfraktion gemeinsam mit renommierten Referenten über die Gestaltung des zukünftigen Strommarktes.

Energiewende meistern: Sicher. Sauber. Bezahlbar.

Die Energiewende ist eines der technologisch, wirtschaftlich und politisch anspruchsvollsten Projekte der kommenden Jahrzehnte. Die FDP-Landtagsfraktion begleitet diesen Prozess durch einen intensiven Dialog mit Bürgern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Mit dem Thesenpapier „Für eine marktwirtschaftliche Wende der Energiepolitik“ hat die Fraktion bereits erste Diskussionsergebnisse zusammengetragen. Nun hat sie bei ihrem energiepolitischen Symposium mit renommierten Experten über die Gestaltung des künftigen Strommarktes diskutiert.

Als Industrieland Nummer 1 ist Nordrhein-Westfalen ganz unmittelbar vom Gelingen der Energiewende betroffen. Welche Weichenstellungen notwendig sind, um die Energiewende zum Erfolg zu bringen und den Wirtschaftsstandort langfristig zu stärken und nicht zu schwächen, hat die FDP-Landtagsfraktion bei ihrem energiepolitischen Symposium unter dem Motto „Energiewende meistern: Sicher. Sauber. Bezahlbar.“ analysiert. Mehr als 260 Gäste folgten der Einladung in den Landtag. „In diesen Monaten entscheidet sich, ob die Energiewende den Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig stärkt oder schwächt“, eröffnete FDP-Fraktionschef Christian Lindner das Symposium.

Aus Sicht der FDP müssen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz bei der Energiewende gleichermaßen gewährleistet sein. „Kosteneffizient lassen sich diese Ziele nur durch eine Rückkehr zu mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft erreichen“, ist Lindner überzeugt. Die FDP-Fraktion möchte daher, dass in einem ersten Schritt die Ad-hoc-Kostensteigerung für Haushalte und mittelständische Unternehmen gedämpft wird. Auch der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, betonte in seinem Impulsvortrag, dass die Energiewende zwar nicht zum Nulltarif zu haben sei, aber die Kostenbelastungen in Grenzen gehalten und – wo möglich – reduziert werden müssten. Homann sagte zudem: „Der Netzausbau ist das Nadelöhr der Energiewende.“ Doch die derzeitige Beschleunigung des Ausbaus der

Erneuerbaren berge Probleme, weil der Strom mitunter nicht ins Netz eingespeist werden könne. Um dieses Problem zu lösen, schlägt die FDP-Fraktion vor, dass das Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren den Fortschritten beim Netzausbau angepasst wird.

„Drittens sollte die Politik über die Reform des innovations- und wettbewerbshemmenden Erneuerbare-Energien-Gesetzes diskutieren“, forderte Christian Lindner. FDP-Wirtschaftsexperte Dietmar Brockes betonte: „Das EEG war anfangs richtig, aber die Erneuerbaren müssen irgendwann auf eigenen Beinen stehen.“ Deshalb müssten die milliardenschweren Dauersubventionen zurückgeführt werden, damit sich die effizientesten Technologien im Markt herausbilden können. Marc Oliver Bettzüge, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Uni Köln, bekräftigte: „Die Energiewende braucht mehr Markt und weniger staatliche Lenkung.“ Eine Kostensenkung bei den Erneuerbaren sei nur dann möglich, wenn die Kosten der einzelnen Energieformen betrachtet und das jeweilige Fördersystem überdacht würde. Kurzfristig solle man das EEG zerlegen und für jede einzelne Energieform Ausbauziel und Förderung regeln. Langfristig sei ein europäisches Quotenmodell das einzig denkbare Szenario.

Die unterschiedlichen Aspekte der Energiewende beleuchteten in Impulsvorträgen und Diskussionsrunden: Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, Dr. Ulrich Hartmann, Mitglied des Vorstandes der RWE Power AG, Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor Düsseldorf Institute for Competition Economics, Mitglied der Monopolkommission der Bundesregierung, sowie Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, Direktor und Vorsitzender der Geschäftsleitung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln, Dietmar Brockes, energiepolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, Johannes Lackmann, Geschäftsführer der Westfalen Wind (Bürgerwind-Projekt, Paderborn), und Julian Sels, geschäftsführender Gesellschafter O. & L. Sels GmbH & Co. KG und Mitglied der Energiepolitischen Kommission Die Familienunternehmer.



FDP will Vertreter der verantwortungsbereiten Mitte sein

Erstmals sind im Oktober die Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion, der Landesgruppe im Bundestag, des Europäischen Parlaments und des Landesvorstands zu einer gemeinsamen Klausurtagung zusammengekommen. Schwerpunkt der gemeinsamen Beratung war ein Strategiepapier, das Partei- und Fraktionschef Christian Lindner gemeinsam mit Generalsekretär Marco Buschmann vorgelegt hatte.

Bereits am Vortag traf sich die Landtagsfraktion zu Beratungen und diskutierte unter anderem mit der WDR-Intendantin Monika Piel. Den Auftakt zur gemeinsamen Tagung bildete ein Vortrag des Vorstands der Bertelsmann-Stiftung, Dr. Jörg Dräger, der über Herausforderungen im Bildungssystem referierte.

definiert sich nicht über Einkommen oder Schichten, sondern über die Haltung, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Keine andere Partei, so heißt es weiter, erfülle von ihrem inneren Kompass her das Bedürfnis nach einer politischen Vertretung der verantwortungsbereiten Mitte so sehr wie die FDP. „Wir stehen für die

Auftreten in einem Stil, der ihr Engagement für diese Werte glaubwürdig dokumentiert. **Erst die Verbindung programmatischer Kompetenz und von außen erkennbar glaubwürdigen Engagements schafft Vertrauen.**“

Fünf Themen werden in den strategischen Überlegungen besonders hervorgehoben: der gesunde Staat, der seine Aufgaben aus seinen Einnahmen bestreitet und eine nachhaltige Finanzpolitik betreibt. Eine marktwirtschaftliche Offensive, um Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen als zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Respekt für Freiheit, Selbstbestimmung und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Und ein proeuropäisches Bekenntnis in dem Wissen, dass Europa der Weg ist, um weltweit effektiv für Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie einzustehen.



Hauptbestandteil der Klausurtagung war die folgende Beratung des zwölfseitigen Strategiepapers „Für die verantwortungsbereite Mitte“. Kennzeichen der verantwortungsbereiten Mitte ist, dass sie aus Menschen besteht, die sich jeden Tag aus Verantwortung für sich und andere in die Gesellschaft einbringen: „Es sind Menschen, die sich nicht in der Bequemlichkeit des Status quo ausruhen, sondern mit Fleiß und neuen Ideen ihr eigenes Leben und das ihrer Mitmenschen voranbringen wollen. **Die verantwortungsbereite Mitte**

Selbstbestimmung des Einzelnen durch Soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.“

Es wird weiterhin angemerkt, dass es für den Erfolg einer Partei nicht genügt, „dass sie selbst weiß, wofür sie steht“. Denn die Menschen laufen einer Partei nicht hinterher, um zu erforschen, was diese vielleicht wollen könnten. „Sie verlangen aktive Aufklärung über schlüssige Konzepte, wie diese Werte in konkrete Politik umzusetzen sind. Und sie verlangen von einer Partei öffentliches



Das gesamte Positionspapier finden Sie auf www.fdp-nrw.de/mitte.



Mitglieder- und Interessentenkongress platzt aus allen Nähten

Mehr als 300 Gäste kamen Ende September nach Düsseldorf und machten so den jährlichen Mitglieder- und Interessentenkongress zu einem vollen Erfolg.

Zahlreiche Abgeordnete aus Land- und Bundestag sowie dem Europäischen Parlament waren bei dem Kongress der FDP-NRW anwesend und standen den Gästen für Gespräche zur Verfügung. Neben einer Grußbotschaft des FDP-NRW-Generalsekretärs Marco Buschmann, Informationen zu aktuellen Kampagnen und einer Gesprächsrunde mit den Abgeordneten sprach auch der Landesvorsitzende Christian Lindner. In den rund 20 Minuten seiner Rede blickte Lindner nicht nur auf den äußerst erfolgreichen Wahlkampf zurück, sondern berichtete auch aus der Arbeit der neuen Landtagsfraktion. Auf dem Markt der Möglichkeiten konnten die Anwesenden sich über das liberale Vorfeld informieren, also die zahlreichen Zusammenschlüsse im Umfeld der FDP: Von den Liberalen Frauen über die Jungen Liberalen bis zu den Liberalen Juristen – an den rund 15 Ständen gab es vielfältige Informationen und noch mehr Mitmachmöglichkeiten. Eine Fotogalerie von dem Kongress finden Sie auf www.fdp-nrw.de.

FDP wirbt für effektiven Nicht-raucherschutz statt totalen Verbots

Trotz wachsender Proteste in den eigenen Parteien und in der Bevölkerung halten SPD und Grüne an einem ausnahmslosen Rauchverbot fest. Mit einer Protestkampagne gibt die FDP-NRW allen Bürgern die Möglichkeit, ihre Stimme gegen das geplante Gesetz zu erheben.

Unter dem Motto „Totales Rauchverbot in NRW? Du kannst es verhindern!“ hat die FDP-NRW dazu aufgerufen, Unterschriften gegen das totale Rauchverbot zu sammeln. Noch einfacher können Bürger ihrem Unmut über die Internetseite der Kampagne www.freiheit-nrw.de Luft verschaffen. Dort kann jedermann mit nur wenigen Klicks Protestmails an die Abgeordneten von SPD und Grünen aus seinem Wahlkreis schicken. Der Generalsekretär der FDP-NRW, Marco Buschmann, erklärt: „Wir wollen mit der Kampagne nicht nur informieren, sondern die Bevölkerung aktiv einbinden. Die Abgeordneten von SPD und Grünen sollen merken, dass es in ihren Wahlkreisen Widerstand gegen das komplette Rauchverbot gibt.“ Und dass der Widerstand nicht gerade gering ist, zeigen die mehr als 4000 Protestmails, die bis Mitte November verschickt wurden. „Staat und Politik müssen sich nicht auch noch in den letzten Winkel unseres Privatlebens einmischen!“, fordert Buschmann. Er weist darauf, dass sich das bestehende Nichtrauchererschutzgesetz bewährt habe: „Es schafft Wahlfreiheit für Gäste und Wirte, indem sie beispielsweise Raucherzimmer oder Raucherclubs einrichten können.“ Statt eines totalen Verbots plädieren die Liberalen für einen effektiven Nichtrauchererschutz.



Abschaffung der Praxisgebühr ist Erfolg für alle Versicherten

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag auf Druck der FDP die Abschaffung der Praxisgebühr beschlossen. Die Gebühr, so Gesundheitsminister Bahr, habe „ihren eigentlichen Zweck, die Zahl der Arztbesuche zu reduzieren, nicht erfüllt“.



Foto: Keystone

Bereits im Oktober hatte der nordrhein-westfälische Landtag auf Initiative der FDP und der gesundheitspolitischen Sprecherin Susanne Schneider mit breiter Mehrheit das Ende der Praxisgebühr gefordert. Den Beschluss des Bundestages wertete Marco Buschmann, Generalsekretär der FDP-NRW, aber „nicht nur als Erfolg für die FDP-NRW und Gesundheitsminister Daniel Bahr, sondern für alle Versicherten.“ Minister Bahr freut sich, dass mit der Praxisgebühr eines der größten Ärgernisse der Deutschen bereinigt werden konnte. Es sei richtig, so Bahr weiter, die gute Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung zu nutzen, um die Patientinnen und Patienten spürbar zu entlasten. Zugleich werde der bürokratische Aufwand

in den Arztpraxen reduziert, so Bahr weiter. „Arzt und Patient haben dadurch wieder mehr Zeit für ein Gespräch miteinander.“



Marco Buschmann,
kommissarischer
Generalsekretär
der FDP-NRW



Daniel Bahr,
Bundesminister
für Gesundheit,
Mitglied des Bundestages

Studierendenansturm: Rot-Grün ohne Konzept

Noch vollere Hörsäle, noch weniger Wohnheimplätze, zu wenig Dozenten: Der doppelte Abiturjahrgang 2013 stellt Hochschulen wie Studenten vor große Herausforderungen – dennoch hat Rot-Grün bislang kein Konzept.



Angela Freimuth,
stellvertretende
Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Innovation,
Wissenschaft und
Forschung



Holger Ellerbrock,
Sprecher für Bauen,
Wohnen und
Stadtentwicklung

Die nachteiligen Auswirkungen der Abschaffung der Studienbeiträge werden an den Universitäten ab dem kommenden Jahr noch gravierender als bisher spürbar. Bereits jetzt haben sich die Studienbedingungen durch die unzureichende Kompensation des rot-grünen Wahlgewinns verschlechtert. Der Studierendenansturm 2013 verschärft die Situation noch einmal, die Qualität der Lehre wird weiter leiden. Ein aus Sicht der FDP notwendiger Qualitätsausbau ist dagegen nicht in Sicht. Angela Freimuth, hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, ist verärgert, dass NRW-Wissenschaftsministerin Schulze trotz der absehbaren Probleme bisher kein schlüssiges Konzept vorgelegt hat, sondern nur nach weiteren Bundesmitteln ruft. „Gut ein Jahr bevor der doppelte Abiturjahrgang an die Hochschulen strömt, erscheint die Landesregierung von der Entwicklung überrannt. Anders ist nicht zu erklären, dass die mit dem Hochschulpaket angelegte Planungssicherheit für die Hochschulen im Hauruck-Verfahren geopfert werden soll“, kritisiert Freimuth die jüngsten Ankündigungen der SPD-Ministerin. Danach sollen alle bis 2015 eingeplanten Mittel für die Hochschulen auf einen Schlag mit dem Haushalt

2013 bereitgestellt werden. „Die Landesregierung kündigt die mit Bund, Ländern und Hochschulen getroffenen Vereinbarungen des Hochschulpakts einseitig auf.“ Unklar blieben die konkrete haushalterische Umsetzung und die Finanzierung nach 2013.

Für Unmut sorgt zudem das kurzfristig von Rot-Grün aufgelegte Förderprogramm zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Studierende. Holger Ellerbrock, wohnungsbaupolitischer Sprecher der Fraktion: „Wohnungsbauprojekte benötigen einen zeitlichen Vorlauf. Daher lindert das Programm die Wohnraumprobleme der heutigen Studenten nicht und wird auch für den doppelten Abiturjahrgang kaum Wirkung entfalten.“ Die Planung von jährlich 750 Wohnheimplätzen sei bei den stark steigenden Studentenzahlen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dass dafür Mittel aus der sozialen Wohnraumförderung zweckentfremdet werden sollen, die bislang für kinderreiche Familien mit geringem Einkommen vorgesehen waren, bezeichnet Ellerbrock als Mogelpackung. „Rot-Grün sollte endlich effektive Lösungen für die heutigen Studierenden bieten“, fordert er. Doch darauf warten Studenten und Hochschulen bislang vergeblich.

Für ein starkes und freies Nordrhein-Westfalen

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat in ihrer Regierungserklärung am 12. September das Programm ihrer rot-grünen Koalition für die kommenden fünf Jahre dargelegt. In seiner Erwidern legte der Fraktionsvorsitzende der FDP, Christian Lindner, die Defizite des rot-grünen Regierungsprogramms offen und skizzierte einen liberalen Politikentwurf für NRW. Nordrhein-Westfalen brauche eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik für sichere Arbeitsplätze. „Die FDP bekennt sich zu entschlossener Spardisziplin, um Generationengerechtigkeit und eine stabile Währung zu verteidigen. Wir geben fairer Bildung Priorität, weil wir für alle Menschen Aufstiegschancen wollen“, sagte Lindner. Die rot-grüne Landesregierung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft setze stattdessen auf mehr Schulden, mehr Bürokratie, mehr Bevormundung, mehr Staat. Die FDP werde ihre Rolle als konstruktive Opposition wahrnehmen, versprach Lindner. „Als einzige politische Kraft in NRW steht die FDP für den verantwortungsbewussten Gebrauch der Freiheit: für Soziale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und eine tolerante Gesellschaft. Wir Liberale im Landtag verstehen unsere Oppositionsrolle deshalb als Wächteramt“, schreibt Lindner im Vorwort einer neuen Broschüre der FDP-Landtagsfraktion.

Aus Anlass der Erwidern auf die Regierungserklärung werden „Köpfe und Konzepte“ der Landtagsfraktion präsentiert. In dem Heft werden die 22 Landtagsabgeordneten vorgestellt, die sich auf Fragen und Anregungen der Bürger freuen. Zudem sind Redeauszüge der Generaldebatte zur Regierungserklärung von Fraktionschef Lindner nachzulesen. Die Broschüre ist unter fdp-fraktion@landtag.nrw.de erhältlich.



Stärkungspakt für Gymnasien – beste Qualität für alle Schulen

Die FDP-Landtagsfraktion möchte einen Stärkungspakt für Gymnasien und damit eine weitere Benachteiligung der beliebtesten weiterführenden Schulform durch Rot-Grün verhindern.

„Die FDP fordert die rot-grüne Landesregierung auf, zum nächsten Schuljahr die Organisation des Ganztagsangebots zu flexibilisieren und allen weiterführenden Schulformen ein paralleles Angebot von Ganztags- und Halbtagszügen zu ermöglichen“, sagt Yvonne Gebauer, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Der Ganztag stelle eine Bereicherung für das Bildungssystem dar und trage zur Chancengerechtigkeit bei. Gleichzeitig möchte die FDP für Eltern Wahlmöglichkeiten sichern. „Derzeit besteht ein Ungleichgewicht beim Ganztagsausbau. Während die integrierten Schulformen Gesamtschule und Sekundarschule zu nahezu 100 Prozent im Ganztag arbeiten, verfügen nur rund 25 Prozent der Gymna-

sien über ein Ganztagsangebot.“ Die FDP-Fraktion fordert Rot-Grün auf, massiv für den Ganztag an Gymnasien zu werben und mehr Anstrengungen zu unternehmen, um eine erkennbar dynamische Entwicklung beim Ausbau zu erreichen. Zudem befürchtet Yvonne Gebauer einen erheblichen Qualitätsabbau an Grund- und Gesamtschulen in NRW. Anlass zu dieser Befürchtung geben die aktuellen Änderungen des Schulgesetzes. „Die FDP will wohnortnahe Grundschulen sichern und hatte das ursprüngliche Konzept unterstützt. Das nachträglich erfolgte rot-grüne Ausgestaltung lehnt die Fraktion jedoch ab.“ Die grüne Schulministerin will jahrgangsübergreifendes Lernen von

Klasse 1 bis 4 deutlich ausweiten. „Unterstützende Lehrerfortbildung ist jedoch generell nicht vorgesehen.“ Für Gesamtschulen werden spezielle Standortregelungen gesetzlich verankert. Auch soll ihnen ermöglicht werden, die Leistungs differenzierung aufzuheben. Gebauer warnt: „Gerade dieser Beschluss bedeutet eine Senkung der Leistungsstandards.“

Yvonne Gebauer,
Sprecherin für Schule
und Weiterbildung





Christof Rasche (Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP im Landtag) und Marco Buschmann (komm. Generalsekretär der FDP-NRW) beim LFA-Tag

LFA-Tag: Landesfachausschüsse nach Reform erfolgreich eingesetzt

Kurz nach seiner Ernennung zum kommissarischen Generalsekretär der FDP-NRW hatte Marco Buschmann angekündigt, die Arbeit der Landesfachausschüsse zu reformieren. Nach einem Gespräch mit den bisherigen LFA-Vorsitzenden, einer Überarbeitung der Geschäftsordnung und der weitgehenden Anpassung der Ausschüsse

an die Ausschussstruktur im Landtag wurden die Fachausschüsse im November eingesetzt – erstmals bei einem neu geschaffenen LFA-Tag. Mehr als 300 Mitglieder der FDP waren nach Mülheim an der Ruhr gekommen und brachten sich in den verschiedenen Ausschüssen ein. Während der eintägigen Veranstaltung in der Mülheimer Stadthalle wurden alle Ausschüsse für die Periode 2012-2014 eingesetzt, deren Vorsitzende und Stellvertreter gewählt und zum Teil bereits erste programmatische Ziele erarbeitet. In einer Plenumsveranstaltung erläuterte Marco Buschmann die Aufgaben und Funktionsweise der Ausschüsse. In der Regel tagen die Ausschüsse zweimal im Jahr, Untergruppen und Arbeitskreise der Ausschüsse häufig öfters. Weitere Maßnahmen, die die Arbeit der Ausschüsse noch effektiver und transparenter machen, sollen folgen.



Pinkwart mit Landesverdienstorden ausgezeichnet

Besondere Ehre für den ehemaligen Landesvorsitzenden der FDP-NRW, Prof. Andreas Pinkwart. Er wurde Ende August mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Der Verdienstorden ist neben dem Staatspreis des Landes die höchste Auszeichnung Nordrhein-Westfalens. Der FDP-Landesvorsitzende Christian Lindner freut sich darüber, dass die „großartigen Verdienste“ des früheren Innovationsministers ausgezeichnet wurden. Lindner: „Gerade während seiner Amtszeit als Minister für Innovation, Wissenschaft und Forschung hat Andreas Pinkwart – nicht zuletzt mit dem Hochschulfreiheitsgesetz – die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen zum Besseren verändert.“



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Jan Fleischhauer bei der Coprayer Hofrunde

Leutheusser-Schnarrenberger und Fleischhauer neue Ritter der Coprayer Hofrunde

Zahlreiche Ehrengäste und frühere Würdenträger reisten Ende August in den Rittersaal der Burg Linn in Krefeld. Dort war mitzuerleben, wie auch in diesem Jahr die FDP Niederrhein die Ritterwürde der Coprayer Hofrunde an zwei Personen des öffentlichen Lebens verlieh. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und „Spiegel“-Journalist Jan Fleischhauer wurden bei der 50. Hofrunde ausgezeichnet. Die Laudatio auf Fleischhauer, der im „schwarzen Kanal“, seiner regelmäßigen Kolumne bei Spiegel Online, Zeitgeschehen und Politik kommentiert, hielt der FDP-Landesvorsitzende Christian Lindner.



Genscher mahnt Kooperation bei Bildung an

Eine aktive Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Vergangenheit in den Schulen hat Hans-Dietrich Genscher bei einem Besuch der FDP-Fraktion in Düsseldorf angemahnt. Der FDP-Ehrenvorsitzende und Bundaußenminister a. D. würdigte die klare Prioritätensetzung der Landtags-FDP für Bildungsgerechtigkeit und forderte eine Reform des Bildungsföderalismus. „Das Kooperationsverbot ist geradezu widersinnig. Es müsste ein Kooperationsgebot geben.“ FDP-Fraktionschef Christian Lindner bekräftigte: „Bei den großen Herausforderungen der Inklusion und der Verbindung zwischen Universitäten und Einrichtungen der Grundlagenforschung müssen Bund und Länder unbürokratisch kooperieren können.“

Landesregierung gefährdet 10 000 Jobs im privaten Omnibusgewerbe

Die FDP-Landtagsfraktion wirft der Landesregierung vor, durch das rot-grüne Tarifreuegesetz 10 000 Arbeitsplätze im mittelständischen Omnibusgewerbe zu gefährden. „Private Busunternehmen kommen bei Aufträgen im öffentlichen Personennahverkehr nur noch zum Zuge, wenn sie ihre Mitarbeiter nach Verdi-Tarif bezahlen. Damit legt die Landesregierung die Axt an das private Omnibusgewerbe“, erklärt Christof Rasche, verkehrspolitischer Sprecher. Der Hintergrund: NRW-Arbeitsminister Schneider hat ausschließlich den Verdi-Tarifvertrag als repräsentativ anerkannt. 10 000 Mitarbeiter, Omnibusbetriebe und Kommunen seien davon ausgegangen, dass die Landesregierung auch den Tarifvertrag des Omnibusunternehmerverbandes NWO anerkennt, der für über 400 mittelständische Betriebe gilt. „Die Entscheidung von Rot-Grün verteuert den Nahverkehr um mehr als 40 Millionen Euro.“ Die Folge: Städte werden ihr ÖPNV-Angebot erheblich ausdünnen müssen.



Christof Rasche, Parlamentarischer Geschäftsführer, Sprecher für Verkehr der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Finanzlage der Kommunen muss aufgeklärt werden

Mangelhafte Berichterstattung über die Finanzlage der Kommunen hält Kai Abruszat, kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, der Landesregierung vor. „Die Öffentlichkeit muss endlich erfahren, warum einzelne Kommunen einerseits steuerfinanzierte Hilfgelder zur Sanierung ihrer Haushalte bekommen, obwohl sie andererseits genügend Geld haben, um über-teuerte Prestigeprojekte zu finanzieren oder Anteilseigner internationaler Energiekonzerne zu werden.“ Die FDP erwartet von der Landesregierung umgehend einen schriftlichen Bericht über die aktuelle Situation der Kommunalfinanzen sowie künftig halbjährlich Folgeberichte.



Kai Abruszat, Sprecher für Kommunalpolitik der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Rot-Grün gefährdet Tradition politischer Bildung an Schulen

Es ist seit Jahrzehnten gute Gepflogenheit, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr auf Einladung von Schulen Jugendliche unter pädagogischer Begleitung über Sicherheitspolitik informieren. Marc Lürbke, Experte für Streitkräfte der FDP-Fraktion, befürchtet, dass SPD und Grüne mit dieser Tradition der politischen Bildung brechen und das Engagement der Bundeswehr in Schulen austrocknen wollen. „Im neuen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr hat die Landesregierung die Hürden für die Besuche deutlich erhöht. Jugendoffiziere sollen laut Ministerium nur in Schulen sprechen dürfen, wenn zugleich eine Friedensinitiative eingeladen wird.“ Lürbke hat Zweifel, ob Schulen das Angebot dann künftig noch nutzen. „Was passiert, wenn keine Friedensinitiative zur Verfügung steht?“, fragt er. Zudem fordert Lürbke von Rot-Grün Informationen, wie sichergestellt wird, dass sich die Organisationen ebenso wie die Bundeswehr an das Überwältigungsverbot halten.



Marc Lürbke, Sprecher für Bevölkerungsschutz und Sicherheit, Feuerwehr und Streitkräfte der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen



Foto: Keystone